

MEDIENMITTEILUNG

NFA: TEILERFOLG FÜR DIE CVP STANDESINITIATIVE! (11. Mai 2007)

Die Medienmitteilung der Spezialkommission NFA des Nationalrats vom 8. Mai 07 und die Berichte in der Ausgabe der Neuen Zuger Zeitung vom 10. Mai 07 freuen die CVP ZG. Die Kommission ist zum ersten Mal auf die Bedenken der ressourcenstarken Kantone, insbesondere des Kantons Zug, eingegangen. Sie anerkennt, dass die fehlende Obergrenze für die „Geber-Kantone“ ein Problem darstellen könnte. Die Kommission empfiehlt dem Bundesrat, in der Finanz- und Lastenausgleichsverordnung (FiLaV) eine Ergänzung vorzunehmen: Die Verordnung schreibt demnach vor, dass beim so genannten Wirksamkeitsbericht (4 Jahre nach Inkrafttreten der NFA) die jährliche Volatilität der Beiträge der ressourcenstarken Kantone genauer angesehen wird, und die Frage, ob eine Obergrenze für die Beiträge der ressourcenstarken Kantone notwendig sei (wie seitens der CVP Zug immer wieder gefordert), eingehend geprüft wird.

Damit kommen die Nationalrats-Kommission und der Bundesrat, der dieses Anliegen aufnehmen will, dem Anliegen der Standesinitiative aus dem Kanton Zug (lanciert von der CVP ZG) entgegen. Zum ersten Mal wird das Thema „Obergrenze für Beiträge der ressourcenstarken Kantone“ als Anliegen ernst genommen. Und die Standesinitiative, über die noch nicht entschieden wurde, zeigt damit mehr Wirkung als manche anderen Standesinitiativen, die sonst in Bern nicht viel Gehör finden. „Bundesbern hat die Problematik als solche erkannt“, kommentiert Nationalrat Gerhard Pfister, Mitglied der NFA-Kommission, diesen Entscheid. „Es ist ein kleiner Schritt, aber vielleicht entscheidender Schritt, mehr war nicht möglich.“ Regierungsrat Peter Hegglin, der die Standesinitiative vor der Kommission vertrat, findet bemerkenswert, dass man „bezüglich NFA dem oft belächelten Kanton Zug zugehört habe“; er spricht von einem „Teilerfolg“.

Die CVP des Kantons Zug freut sich über diesen Kommissionsentscheid und die Haltung des Bundesrats. Es zeigt sich, dass es richtig war, das Anliegen der CVP ZG in einer Standesinitiative zu lancieren, und es zeigt sich ebenfalls, dass die Hartnäckigkeit der bürgerlichen Zuger Parlamentarier und der Zuger Regierung nun doch ein positives Resultat zeigt. Die linken Zuger Parteien, die diese Haltung immer als „egoistisch“ brandmarkten, haben nicht Recht bekommen. In der Kommission anerkannten offenbar auch linke Parlamentarier, dass es ein berechtigtes Anliegen des Kantons Zug ist, seine Bedenken vorzubringen. Bundesbern hat in einem kleinen Schritt bewiesen, dass das Projekt NFA Korrekturbedarf aufweisen kann, und ist bereit, beim Wirksamkeitsbericht nochmals über die Bücher zu gehen, wenn sich die Zuger Bedenken als zutreffend erweisen sollten. Die CVP Kanton Zug und ihre Vertreter in Bern und Zug werden weiterhin am Thema NFA dranbleiben. Nur ein starker Kanton Zug kann seinen Beitrag leisten für eine echte Reform des Föderalismus. Die CVP Zug hat Vertreter, die in diesem Sinne sich weiterhin für Zug und damit auch für eine gestärkte föderalistische Schweiz einsetzen. „Damit Zug – auch in Bern – vorne bleibt.“

Für die CVP ZG: Barbara Wohlwend, Vizepräsidentin, Edlibach
 Pirmin Frei, Präsident AWG Zug, Baar